Bochumer Stadt- & Studierendenzeitung

:bsz

12. Dezember 2012
Ausgabe 939

Kontroverse

Eine kurze Meldung hat ein großes Missverständnis ausgelöst. Wir versuchen, es aufzuklären.

Seite 2

Karitativität

Alles muss raus! Weiße und schwarze Schafe unter den Hilfsorganisationen.

Seite 3

Konflikt

Trotz UN-Resolution ist der Nahostkonflikt verfahren wie eh und je. Die Region braucht eine klare

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszonline.de

AStA-Listen sehen die Neutralität des Haushaltsausschusses gefährdet

Ausschluss vom Ausschuss?

(mar) Der Haushaltsausschuss des Studierendenparlaments (StuPa) ist ein Organ, das die Finanzen der Studierendenschaft der vergangenen Jahre unabhängig prüfen und im besten Fall die Asten der letzten Jahre entlasten soll. Dabei ist es nur vernünftig, dass ein Mitglied des Haushaltsausschusses (HHA) weder Mitglied des zu prüfenden noch des aktuellen Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) sein darf. Dass nun aber ausgerechnet der Vorsitzende dieses Prüforgans, Jochen Kreusch (LiLi), im vergangenen Jahr mit den Rechten und Pflichten eines AStA-Referenten ausgestattet worden ist, stellt die Unabhängigkeit des HHA in Frage. Die Listen NAWI, die Internationale Liste und die Juso-Hoschulgruppe fordern nun Kreuschs Rücktritt.

Der AStA und das Geld: Ewiges Streitthema. Morph: mar

Jochen Kreusch ist Mitglied der Linken Liste und bereits seit mehreren Jahren Mitglied im Haushaltsausschuss, seit dem Haushaltsjahr 2011/2012 ist er sogar dessen Vorsitzender. Gleichzeitig übte er im vergangenen Haushaltsjahr, das bedeutet in der Legislaturperiode des 44. StuPa und des zu prüfenden AStA „die Tätigkeit eines Referenten" aus, so der Vorwurf der aktuellen AStA-tragenden Listen. Weder ist es aber laut Hochschulgesetz einem/einer KassenprüferIN erlaubt, Mitglied des aktuellen oder zu prüfenden AStA zu sein noch erlaubt die Haushalts- und Wirtschaftsführungs-Verordnung NRW den umgekehrten Fall: Ein AStA-Mitglied darf nicht gleichzeitig den Haushalt des letzten AStA prüfen. Tatsache ist aber: Jochen Kreusch war nicht offizielles Mitglied des AStA.

Wann ist jemand Referent?

Im vergangenen Jahr veranstaltete Jochen Kreusch die „Woche der Wissenschaften" und wurde dafür vom AStA mit einem Honorar in Höhe von 800,00 Euro bezahlt, zuzüglich Spesen. Zunächst einmal erscheint allein der Betrag „im Vergleich zu einer vollen Aufwandsentschädigung einer Referentin des Allgemeinen Studierendenausschusses (im Haushaltsjahr 2011/2012: 525 Euro) unverhältnismäßig hoch", heißt es in der Rücktrittsaufforderung von NAWI, IL und Jusos. Weiter liest man: "Die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit scheinen missachtet."

Darüber hinaus sieht der jetzige AStA in den Tätigkeiten, für die Kreusch bezahlt wurde, die eines AStA-Referenten, der er nominell zwar nicht war, aber de facto die gleichen Rechte und Pflichten wie solcher besaß. Die Jusos bezeichnen dies als „eine reine Verschleierungstaktik des Lili-Grüne-Swib AStA (…), die nun aufgeflogen ist."

Die Schlussfolgerung ist der Grund für die Forderung nach dem Rücktritt: „Die Befangenheit des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses". Kreusch wies die Vorwürfe zurück und will nicht zurücktreten; die Linke Liste hat sich öffentlich dazu noch nicht geäußert.

Es geht (wie immer) auch um die Wahlen

Die Angelegenheit mit der tatsächlichen Unabhängigkeit des Haushaltsausschusses ist nur einer von vielen Punkten, die zurzeit die Stimmung hochkochen lassen und die Sache ist mit dem Vorwurf „Quasi-Referent" Kreusch nicht abgeschlossen. Wie immer spielen Listeninteressen eine große Rolle, besonders im Hinblick auf die StuPa-Wahlen, die im Januar nächsten Jahres stattfinden werden. Die Listen, die in der vergangenen Legislaturperiode den AStA stellten, drängen darauf, ihren Haushalt möglichst schnell zu entlasten. Die Gegenpartei hingegen drängt darauf, dass der Landesrechnungshof, der vor einigen Monaten die Haushalte der Asten der vergangenen Jahre überprüfte, seinen Bericht veröffentlicht, und das auch noch möglichst schnell. Die jetzigen AstA-Listen bauen darauf, dass dieser Bericht einige Mängel aufdeckt, die für den Wahlkampf von Relevanz sein könnten. Bleibt zu hoffen, dass sich der Wahlkampf dieses Mal nicht wieder hauptsächlich darauf stützt, auf vergangenen Fehlern der Anderen herumzuhacken, sondern dass die Listen eigene Programme mit Substanz vorzuweisen haben.

AStA ohne Geschäftsordnung

Die Haushaltsprüfung und somit Entlastung des letzten AStAs gestaltet sich zu alledem noch schwierig, da sich ebenjener AStA keine Geschäftsordnung gegeben hat und Kassenanweisungen keine Protokolle über ihre Beschlüsse haben. Das verzögert die Arbeit im Ausschuss, es wird über Grundsätze wie den Nutzen von Geschäftsordnungen und die Beschlussdokumentationspflicht diskutiert. Erneuter Vorwurf von Jusos, Nawis und Internationalen: Ohne Protokolle und Geschäftsordnung herrsche Willkür in der gewählten Studierendenschaft. Grüne und LiLis hingegen sehen keinen Bedarf an einem Übermaß an Bürokratie.

Die Diskussionen laufen heiß, da eben vor den Wahlen unter Termindruck. Die Ausschussmitglieder dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass es ihre Aufgabe ist, die Wahrheit zu finden und nicht Wahlkampf zu betreiben.

Hat die Oberbürgermeisterin ausgespielt?

Ausläuten für Ottilie

(USch, mar) Viele BürgerInnen hatten schon die Nase gestrichen voll von Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz, bevor sie 2004 zum ersten Mal ins Amt gewählt wurde – war sie doch ein Jahr vorher noch als amtierende Finanzdezernentin nach New York gejettet und hatte eilig Fakten geschaffen, um einen dubiosen Cross-boarder-leasing-deal am letztmöglichen Tag mit ihrer Unterschrift abzusegnen und sich somit über ein schwebendes Bürgerbegehren hinwegzusetzen. Nach der Stadtwerke-Affäre um die horrenden Honorare für Atrium-Talker Per Steinbrück und den jüngsten Schlag ins Gesicht vieler BochumerInnen, als sich Scholz ein weiteres Mal über ein noch nicht entschiedenes Bürgerbegehren – diesmal gegen das geplante Musikzentrum an der Marienkirche – hinwegsetzte und dort mehr als ein Dutzend jahrzehntealte Platanen im Wert von über einer halben Million Euro abholzen ließ (die :bsz berichtete), scheint die Zeit für ein Abwahlverfahren gekommen. Als in der Marienkirche am 11. Dezember zum letzten Mal die Kirchenglocken geläutet haben, bevor der Sakralbau umgestaltet werden soll, könnten sie auch das vorzeitige Ende der zweiten Amtszeit von Ottilie Scholz eingeläutet haben.

„Eigentlich stellt sich nur noch die Frage, tritt die Oberbürgermeisterin Scholz von sich aus zurück oder müssen die Bürger erst ein Abwahlbegehren initiieren", sagt Volker Steude, Mitinitiator des Bürgerbegehrens gegen das Musikzentrum Bochum. „Die Kommentare der Bürger in den Medien zeigen, sie haben die regierende Filz-und-Klüngel-Riege satt", so Steude weiter. „Die klammen Ausreden, warum sich die Stadtwerke-Affäre nicht aufklären lässt und es angeblich keinen Schuldigen gibt, nerven die meisten Menschen in der Stadt nur noch." Bis zuletzt habe Scholz zu verhindern versucht, dass der Hauptprotagonist in der Stadtwerke-Affäre, Sascha Hellen, angehört wurde. „Die Oberbürgermeisterin, die jede bürgerliche Mitbestimmung seit Jahren mit Füßen tritt, wollen die Bochumer Bürger nicht mehr", interpretiert Volker Steude die aktuelle Stimmung in der Stadt.

Parteiunabhängige Kandidatur gewünscht

Ottilie Scholz trage als Aufsichtsratsmitglied diverser städtischer Tochterunternehmen eine maßgebliche Verantwortung dafür, „dass dieses demokratiefeindliche System schließlich mit der Finanzierung von Promi-Sausen zu Fantasiepreisen völlig aus dem Ruder laufen konnte", so Steude weiter. „Das Ergebnis von über einem Jahrzehnt Scholz als Finanzdezernentin und Oberbürgermeisterin ist für die Stadt verheerend. Während ihrer Amtszeit wurden nicht nur die städtischen Finanzen endgültig ruiniert, sondern jetzt auch noch der Ruf der Stadt", fügt der ehemalige Landtagskandidat der Piratenpartei hinzu. Um die seit dem Zweiten Weltkrieg ungebrochene SPD-Hegemonie in Bochum zu durchbrechen, brauche die Stadt nun eineN kompetenteN parteiunabhängigeN OberbürgermeisterkandidatIn für einen demokratischen Neuanfang. Welche BochumerInnen diese nicht näher erläuterten Anforderungen gerecht werden könnten, wird jedoch nicht näher konkretisiert. Steude schlägt hierfür die Bildung einer „Findungskommission aus angesehenen Bürgern" vor. Durch diese solle ein „Kriterienkatalog erstellt" werden, den die potentiellen KandidatInnen erfüllen müssten. Auf einer solchen Basis solle die Kommission schließlich die/den favorisierten OberbürgermeisterkandidatIn auswählen.

Abwahloption im Herbst 2013

Sobald sich die Opposition auf eineN neutraleN Kandidatin/-en geeinigt habe, könne das Abwahlbegehren auf den Weg gebracht werden, das am besten parallel zur Bundestagswahl im September oder Oktober 2013 stattfinden solle, um das Erreichen des erforderlichen Quorums von 25 Prozent der Wahlberechtigten sicherzustellen. Um das Abwahlbegehren zu realisieren, wären innerhalb von vier Monaten mindestens 45.000 Unterschriften zu sammeln. Nachdem jedoch schon beim Bürgerbegehren gegen das Musikzentrum das Quorum von 11.840 Unterschriften mit 13.425 gültigen Unterschriften klar übertroffen wurde, müsste dies durchaus machbar sein. Und über das Begehren gegen ihre eigene Abwahl dürfte sich selbst die im Ignorieren basisdemokratischer Voten inzwischen erfahrende Oberbürgermeisterin nicht hinwegsetzen können...

Ottilie: Bald abgewählt? Bild: Volker Steude

BÄH-BürgerInnen als DemokratiewahrerInnen

Hierauf würde nicht zuletzt die neue Bewegung der „BÄH-BürgerInnen" ein Auge haben, die sich am 14. November im Kreise von Mitgliedern der Initiative für das Bürgerbegehren gegen das Konzerthaus nach dem ‚Platanenmassaker' an der Marienkirche gegründet hat. „Die Bochumer BÄH-Bürger wehren sich gegen Filz und Klüngel in ihrer Stadt", heißt es aus dem Kreise der InitiatorInnen der Initiative, deren Namengebung nicht nur auf das Engagement der ‚WutbürgerInnen' gegen das massiv kritisierte Projekt „Stuttgart 21" rekurriert, sondern auch auf eine verbale Entgleisung des Chefredakteurs der WAZ Bochum, Thomas Schmitt, der den gegen das Musikzentrum engagierten BürgerInnen diesen ‚Titel' verlieh. „Die BÄH-Bürger sind es satt, dass die lokale Günstlingswirtschaft ihre Entscheidungen immer wieder gegen den Willen der Bürger durchsetzt", heißt es weiter. „Bochumer BÄH-Bürger haben den Respekt verloren vor den Verantwortlichen im Stadtrat und der Verwaltung, die die Stadt finanziell ruiniert haben."

:boinkürze

Opel vor dem Aus

(ck) Nun ist es offiziell: Das Werk des traditionsreichen Autobauers in Bochum steht vor dem Aus. In einer am Montag erschienenen Pressemitteilung der Adam Opel AG heißt es, dass man nach 2016 keine Fahrzeuge mehr am Bochumer Standort produzieren werde. Als Gründe nannten die Verantwortlichen die rückläufigen Absatzzahlen und die Sättigung des gesamten europäischen Automobilmarktes. Die derzeit etwa 3500 Belegschaftsmitglieder gehen somit einer ungewissen Zukunft entgegen. Lediglich das Warenverteilzentrum soll auch nach 2016 in Bochum erhalten und eventuell ausgebaut werden. Über die mögliche Ansiedlung einer „wirtschaftlichen Komponentenfertigung" sind sich ArbeitnehmerInnenvertretung und Geschäftsleitung noch nicht einig. Die Ankündigung vom Montag ist Teil des Langfristplans „Drive 2022"; dieser solle Opel bis zur Mitte des Jahrzehnts „zurück in die Profitabilität" führen. Neben Konzepten, die das Unternehmen wirtschaftlicher machen sollen, setzt der Plan auf eine neue Vertriebsstrategie, die Stärkung des Markenimages und eine Export- und Modelloffensive. Ob sich die Belegschaft zu Arbeitskampfmaßnahmen gegen die angekündigte Werksschließung durchringen kann, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

:bszaktuell

Naziübergriffe in Langendreer

(USch, mar) Am 4. Dezember kam es erneut zu Übergriffen von Nazis im Bochumer Osten: Mehrere Jugendliche wurden in unmittelbarer Nähe des Kulturzentrums Bahnhof Langendreer mutmaßlich von Neonazis überfallen und verletzt. Bereits am 2. Dezember 2012 war die Webseite des Bahnhofs Langendreer, der zunehmend zur Zielscheibe rechter Gewalt wird, offenbar von Nazis gehackt worden. Linke PolitikerInnen appellierten jüngst an die zuständigen Behörden, das Problem ernst zu nehmen. Es sei notwendig, die entsprechenden Übergriffe wirksam zu verfolgen und zu ahnden, um der Ausbreitung einer „Kultur der Straflosigkeit" in Bochum entgegenzuwirken. Man dürfe faschistische Schläger nicht durch Tatenlosigkeit ermuntern, neue Gesetzesverstöße zu begehen.

HdF nicht erhaltbar?

(USch, ck) „Keinesfalls eine Option" sei eine Wiederherstellung und Neuanmietung des Hauses der Freunde der RUB (HdF), so RUB-Kanzler Gerhard Möller. „Die Miete ist für das Sportinstitut verwendet worden und steht nicht mehr zur Verfügung", so Möller weiter. Das Gebäude wäre „nicht mit vertretbarem Aufwand zu sanieren gewesen" und stehe jetzt dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb für den Gesundheitscampus zur Verfügung, so die Einschätzung des Kanzlers. Zudem hätte ausgeschlossen werden können, „dass das Land der RUB die erforderlichen Mittel bereitgestellt hätte." Nun bleibt zu hoffen, dass im Falle eines Abrisses (die :bsz berichtete) zumindest der Trompetenbaum im Atrium des Gebäudes gerettet werden kann.

Vinzefiz

(mar) Der Monat Dezember ist der Vinzefiz-Monat. Diesen hat die sich selbst als Spelunke titulierende Kneipe R15 in der Rottstraße im Bochumer Westend ausgerufen. Unter dem Motto „Vinzefiz" sammelten und sammeln KünstlerInnen auf verschiedenen Veranstaltungen bis Weihnachten für den St. Vinzenz e.V.; AutorInnen, FotografInnen, MusikerInnen und weitere KünstlerInnen rufen an diversen Abenden in der Kneipe dazu auf, für diesen gemeinnützigen Verein zu spenden. Allein bei der ersten Veranstaltung am 4. Dezember wurden 332,30 Euro gesammelt, weitere sollen folgen. Dabei bleibt das R15 weitgehend seinem Programm treu, mit dem Unterschied, dass auf den prinzipiell kostenlosen Veranstaltungen die Spendenmütze herumgeht. Eine Aktion, die sehr lobenswert ist und nicht nur in der Vorweihnachtszeit ein Beispiel bietet. Wiederum ist gerade im Dezember die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung am höchsten. Der St. Vinzenz e.V. ist eine katholische Jugend-, Kinder- und Familienhilfseinrichtung, die unter anderem Kindern und Jugendlichen betreute Wohnmöglichkeiten bietet und ambulante Hilfseinrichtungen unterhält.

Weihnachten im Schuhkarton

(ph) Noch bis zum 17.12. sammeln die Menschenrechtsgruppe You-Manity e.V. und die Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e.V. auf dem Campus Weihnachts-Geschenkpakete für Flüchtlingskinder/-jugendliche in Bochum. Wer auch ein Paket für einen dieser jungen Menschen packen möchte, der kann eine Mail an bochum@youmanity.org schreiben oder sich montags oder freitags zwischen 9.00 bis 12.00 Uhr beim Infostand der InitiatorInnen in der MA-Cafeteria melden. Die Pakete werden nach Geschlechtern und Altersklassen sortiert. Der Geschenkwert sollte sich im Rahmen von 8 bis 15 Euro bewegen. Passende Geschenke können beispielsweise Spielzeug, Schulsachen oder Pflegeprodukte sein. Aus Sicherheitsgründen müssen die Pakete durch Hineinschauen geprüft werden, dies sollte beim Verpacken berücksichtigt werden. Nähere Informationen zu geeigneten oder ungeeigneten Geschenken und dazu, was noch beachtet werden sollte, bei den InitiatorInnen. Die Geschenkpakete können beim Infostand oder bei der Fachschaft Medizin (MA, Raum 0/305) abgegeben werden.

Zwei Stellungnahmen zur umstrittenen Meldung in :bsz 937

Richtigstellung zur Gleichstellung

Stellungnahme der Referentin der Gleichstellungsbeauftragten der RUB

Sehr geehrte Damen und Herren der bsz-Redaktion,

mit Verwunderung haben wir Ihren am vergangenen Mittwoch veröffentlichten Artikel „Sexuelle Gewalt durch Frauen" gelesen.

Nicht nur, dass als Aufhänger für diesen Artikel nur ein kleiner Teilaspekt (3 Seiten) der 230-seitigen Untersuchung herausgegriffen wurde. Inhaltlich wird das im Human Security Report 2012 (HSR) beschriebene Phänomen stark verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen dargestellt und letztlich auch noch als Beweis für angebliche negative Folgen der Gleichstellung herangezogen.

Der Satz „Überhaupt verüben Frauen als Angehörige von Kriegsparteien immer häufiger sexuelle Grausamkeiten, sowohl gegen Männer als auch gegen Frauen." gibt nicht annähernd den Tenor des HSR wieder. Dort heißt es: „[…] the fact that women may be perpetrators of sexual violence, as well as victims, is ignored almost completely in the mainstream narrative." (HSR 2012, 32). Es wird angemahnt, dass das Ausmaß weiblicher Täterschaft bei sexuellen Übergriffen in Kriegen bislang nicht wirklich untersucht wurde, es aber Indizien für weibliche Tatbeteiligungen gäbe. Es wird im Folgenden auf die beiden einzigen Untersuchungen (Sierra Leone 2004, Demokratische Republik Kongo 2010), die sich diesem Thema angenähert haben verwiesen und deren Ergebnisse exemplarisch dargestellt. Wobei direkt im Anschluss klargestellt wird: „It is unlikely that female perpetration of sexual violence is common in all conflicts. Indeed, the level of female perpetration indicated by the surveys in Sierra Leone and the DRC may be exceptionally high."

Eine Aussage über die Entwicklung oder gar eine Zunahme von durch Frauen verübter sexueller Gewalt ist daher schlichtweg falsch.
Ferner handelt es sich bei den in Ihrem Artikel zitierten Zahlen um Beispiele aus Ländern, deren Konflikte nicht einfach vergleichbar sind, wie der HSR auch an mehreren Stellen betont. Und das nicht nur, weil dort oftmals Frauen auch gezwungen wurden (und werden) bei Massenvergewaltigungen mitzumachen oder ihre eigenen Kinder, Männer und sonstige Familienangehörige (auch sexuell) zu quälen.

Eine darauf gestützte Kritik der „zunehmenden Gleichstellung der Geschlechter" entbehrt daher einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage, wie sie gerade an einer Universität unabdingbar sein sollte. Wir bitten Sie diesen Artikel entsprechend zu überarbeiten und auch über die Erkenntnisse des Spiegels 47/2012 hinaus sauber zu recherchieren.

Dipl. Soz.-Wiss. Julia Schmidt
(Referentin der Gleichstellungsbeauftragten der RUB)

Stellungnahme vom Verfasser der Kurzmeldung „Sexuelle Gewalt durch Frauen" in :bsz 937

(ph) Im Oktober wurde der Human Security Report 2012 (HSR) veröffentlicht. Zu den Schwerpunkten des HSR, welcher sich mit verschiedenen Aspekten bewaffneter Konflikte weltweit beschäftigt, gehört in diesem Jahr die sexuelle Gewalt im Kontext von Kriegen. Die beiden Kernaussagen des HSR sind diesbezüglich erstens, dass sexuelle Gewalt in Kriegsgebieten überwiegend nicht durch KombattantInnen ausgeübt wird, sondern durch Personen aus dem häuslichen Umfeld der Opfer. Zweitens, dass sich das Ausmaß sexueller Gewalt in Kriegsgebieten weltweit seit dem Ende des Kalten Krieges insgesamt nicht erhöht, sondern verringert hat und in den meisten Fällen geringer ist, als allgemein angenommen wird.

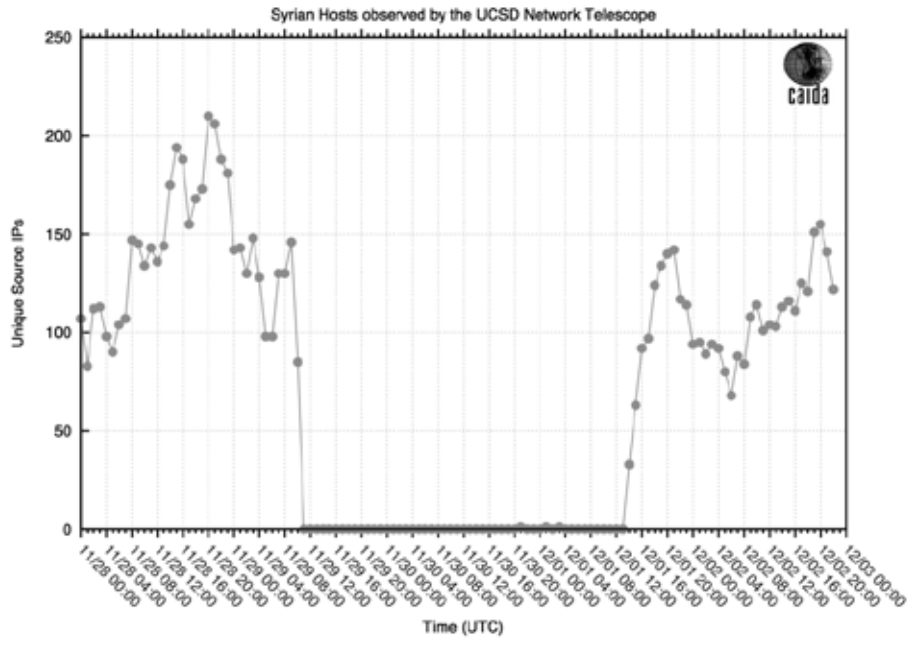
Daneben berichtet der HSR auch, dass Frauen in Kriegsgebieten zwar eindeutig die Mehrzahl der Opfer sexueller Gewalt darstellen, Frauen insbesondere als Kombattantinnen jedoch auch sexuelle Gewalt ausüben können – gegen Frauen und gegen Männer. Im HSR geschilderte Beispiele hierzu sind sexuelle Gewalttaten durch Frauen im Osten der Demokratischen Republik Kongo und die Beteiligung von Frauen an Gruppenvergewaltigungen in Sierra Leone. Allerdings betont der HSR ausdrücklich, dass sowohl das Ausmaß als auch die Art der sexuellen Gewalt in diesen afrikanischen Krisengebieten nicht repräsentativ für die meisten bewaffneten Konflikte weltweit sind. In der Regel findet sexuelle Gewalt in einem wesentlich geringeren Ausmaß statt und auch der Frauenanteil bei den TäterInnen ist deutlich geringer. Der HSR trifft in der Tat keine Aussage über die weltweite Entwicklung der von Kombattantinnen verübten sexuellen Gewalttaten, wie fälschlicherweise in der Kurzmeldung behauptet wurde. Hier wurde eine Fehlinterpretation der Ergebnisse des HSR aus anderen Medien (radioeins vom rbb und Spiegel) übernommen.

Zudem war der bewertende letzte Satz der Kurzmeldung dergestalt unglücklich und missverständlich formuliert, dass er als Kritik an der Gleichstellung der Geschlechter interpretiert werden konnte. Eine solche Kritik war aber in keiner Weise beabsichtigt. Die gesamte Meldung sollte lediglich darauf hinweisen, dass Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht grundsätzlich zu inhumanen oder sadistischen Handlungen aller Art gegen andere Menschen jeden Geschlechts fähig sind. Dass Frauen jedoch erst dann überhaupt Gelegenheit zu dem bisher Männern vorbehaltenen Teil dieser Handlungen erhalten, wenn sich ihre Geschlechterrollen denjenigen der Männer in dem dafür erforderlichen Maß angeglichen haben – und sei es durch den Rekrutierungs-Pragmatismus von Bürgerkriegsparteien, der sie (freiwillig oder unfreiwillig) Kombattantinnen werden lässt. Dies kann natürlich kein Argument gegen die Gleichstellung der Geschlechter darstellen. Der Verfasser befürwortet und unterstützt als Feminist die Gleichstellung der Geschlechter, bedauert die entstandenen Irritationen und Missverständnisse und entschuldigt sich hiermit für journalistische Fehler und mangelnde Sensibilität.

Einfach den Stecker gezogen… und wieder reingesteckt?

Zwei Tage syrische Netzblockade

(ck) Die Organisation CAIDA (Cooperative-Association-for-Internet-Data-Analysis) überwacht mit ihrem „Netzteleskop" den Datenverkehr von mit Malware infizierten Servern auf der ganzen Welt. Die am San-Diego-Supercomputer-Center der University of California ansässige Organisation beobachtet auch syrische Server – diese waren zwischen dem 29. November 2012 und 1. Dezember 2012 bis auf einige wenige Lücken nicht zu erreichen.



Der totale Blackout: Internet abgestellt! Grafik: Caida, Cooperative Association for Internet Data Analysis

Der Blackout kam völlig unerwartet. Neben dem Internet fielen in Damaskus auch die Festnetz- und Telefonverbindungen aus – zahlreiche Flüge mussten am Flughafen der syrischen Hauptstadt storniert werden. Ursächlich hierfür waren Kämpfe, die sich die syrischen Regierungstruppen mit den RebellInnen auf dem Flughafengelände lieferten. In der Vergangenheit legte die syrische Regierung bereits mehrfach das Internet lahm (eine Methode, die auch während der Revolution in Ägypten praktiziert wurde). Oftmals waren jene Stadtteile und Viertel betroffen, in denen sich RebellInnen und Regierungstruppen erbitterte Kämpfe lieferten. Verschiedene AugenzeugInnen und AktivistInnen berichteten, dass die Internetausfälle meist im Rahmen größerer Militäroperationen der syrischen Armee aufgetreten seien. Offensichtlich waren dieses Mal nicht nur Teile von Damaskus betroffen, sondern das ganze Land. Bereits am frühen Donnerstagabend (deutscher Zeit) dementierte Syriens Informationsminister Omran al-Subi, dass man Hand an die syrischen Internetverbindungen gelegt habe. Der Sprecher des Assad-Regimes teilte mit, dass „Terroristen" für den Blackout verantwortlich seien. „Es ist nicht wahr, dass der Staat das Internet abgeschaltet hat", sagte der Minister im syrischen Staatsfernsehen. Ferner bekräftigte er, dass man bereits daran arbeite, einen „Schaden am Hauptkabel für Telekommunikation und Internet" zu beseitigen.

Analysen und Erklärungen

Am 29. November 2012 um ca. 12 Uhr (Ortszeit Damaskus) fiel die Zahl der Datenpakete syrischer Server schlagartig. Bis zum 1. Dezember 2012 erreichten nur sechs Datenpakete von drei verschiedenen Absendern die beobachteten Server in Syrien – ein Beleg dafür, dass es trotz des flächendeckenden Ausfalls möglich war, Daten über Standardrouten zu verschicken (derzeit wird rekonstruiert, ob sich die Server tatsächlich in Syrien befanden oder ob die Adressen ‚gespooft', also verschleiert waren). Diese Ergebnisse decken sich weitestgehend mit den Daten, die andere Initiativen und Unternehmen gesammelt haben (darunter Renesys, Arbor, CloudFlare und BGPmon – allesamt Unternehmen, die sich mit der Analyse und Sicherheit des Internets beschäftigen). Der Internet-Dienstleister CloudFlare analysierte den Totalausfall des syrischen Internets und kam zu dem Schluss, dass der Blackout nicht auf Hardwareausfälle oder Unterbrechungen der Datenverbindungen zurückzuführen sei, sondern vielmehr auf eine gezielte Abschaltung. Änderungen und Updates der Router-Konfigurationen hätten den Ausfall verursacht.

Leidtragende und die Folgen

Nach Berichten aus Syrien habe der Blackout vor allem Regionen getroffen, die zum Zeitpunkt der „Funkstille" unter Kontrolle der Regierungstruppen standen. Leidtragende des Ausfalls waren weniger die RebellInnen, die vielfach über Satellitentelefone verfügen oder via Skype kommunizieren – hauptsächlich traf es, „wie fast immer", die syrischen BürgerInnen.

Seit März 2011 tobt in Syrien ein erbitterter Bürgerkrieg um die Vorherrschaft im Land. Allein im August 2012 kamen bei Kampfhandlungen 5.440 Menschen, darunter 4.114 ZivilistInnen, ums Leben. Das teilte die in Großbritannien ansässige „syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte" Ende August mit. Ein Ende der Kampfhandlungen und des Konfliktes in Syrien ist nicht in Sicht. Obgleich immer wieder Bilder und Videos ihren Weg ins Internet finden und von Nachrichtenagenturen verbreitet werden, schaut die internationale Gemeinschaft dem Grauen in Syrien tatenlos zu. Freude, Solidarität und Anerkennung, die der arabische Frühling weltweit auslöste, sind längst zu einer beschämenden Erinnerung geworden.

Indes weisen Google und Twitter auf den im Januar 2011 eingeführten Dienst Speak2Tweet hin. Dieser wurde während des Internet-Blackouts in Ägypten vorgestellt und ermöglicht das Versenden von Telefonbotschaften, die dann als Tweet veröffentlicht werden – dabei sei nicht zurückzuverfolgen, wer angerufen hat. Wie auch in Ägypten soll dieser Dienst den RebellInnen in Syrien und den SyrerInnen im Allgemeinen die Möglichkeit geben, Informationen ins Ausland zu verschicken. Dies stellt eine Möglichkeit dar, den digitalen Repressionen der syrischen Regierung zu entgehen – zumindest dann, wenn man über eine funktionierende Telefonverbindung oder ein Satellitentelefon verfügt.

Wem helfe ich in Wirklichkeit mit meiner Spende?

Trittbrettfahrer oder Weltretter?

(Jacq) Seit mittlerweile vierzig Jahren veranstaltet Amnesty International, eine Non-Profit-Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt, jährlich eine Kunstauktion. Diesen Winter war es wieder soweit: Am Sonntag, den 09. Dezember 2012 versteigerten lokale sowie überregional bekannte KünstlerInnen ihre Werke im Tanas (Schauspielhaus Bochum). Von altmodischen Ölgemälden über abstrakte Skulpturen bis hin zu signierten Büchern – bei der jährlichen Auktion ist jedes Kunstwerk willkommen. Manches Werk lässt das Herz der KunstliebhaberInnen höher schlagen, manch anderes Werk will man selbst für einen guten Zweck nicht in Kauf nehmen.
Vielen KünstlerInnen wurde die Möglichkeit geboten, mit ihrer Kunst etwas Gutes zu tun, indem sie durch die Versteigerung einen Beitrag zur Finanzierung der Menschenrechtsarbeit leisteten. Ist diese Art von sozialem Engagement wirklich effektiv oder sollte man die KünstlerInnen lieber dazu ermutigen, ihre Werke im Keller verstauben zu lassen?

Sie schalten das Abendprogramm auf ihrem nigelnagelneuen Smart-LED-Fernseher mit Ultra-Breitbild an. Werbung. Sie werden zum Spenden aufgerufen. Sie gucken auf die Bilder im Fernsehen, dann wieder auf den Fernseher selbst. Hin und her. Hin und her. Hin und her. Das schlechte Gewissen wächst und wächst. „Schon eine kleine Spende kann Großes bewirken", beteuert das Engelchen auf ihrer linken Schulter.

Und zack – Sie greifen zum Hörer. Doch plötzlich kommen Zweifel in Ihnen auf. Werde ich mit meiner Spende wirklich jemandem helfen? Geht mein wertvolles Geld nicht nur für sinnlose Werbe- und Verwaltungskosten drauf? Und der Teufel auf ihrer rechten Schulter fragt Sie verführerisch: „Willst du die Knete nicht lieber in das ‚Fußball Bundesliga Paket' von Sky investieren?"

Ist dem Namen „Non-Profit-Organisation" immer blindlings zu trauen?

Die Erlöse der Kunstauktion von Amnesty International werden dafür genutzt, „weltweit kontinuierliche, zuverlässige und professionelle Recherchen zur Menschenrechtssituation von Ländern und Einzelpersonen" sowie „lokale Öffentlichkeitsarbeit" zu finanzieren.

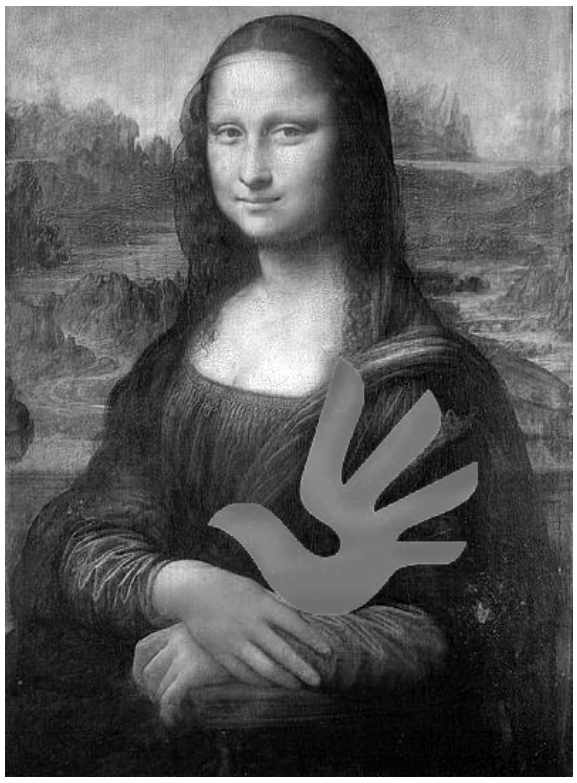
Immer wieder gab es in der Öffentlichkeit Fälle, die das Misstrauen von SpenderInnen erweckt haben. Im Interview mit dem Spiegel äußerte sich Stefan Loipfinger, ehemaliger Chef der Internetplattform „CharityWatch", zur Seriosität einiger Spendenorganisationen:

Unter den Organisationen gebe es selbstverständlich auch Trittbrettfahrer. „Diese Vereine waren in den meisten Fällen noch nie vor Ort, denken aber, sie könnten von der Spendenbereitschaft profitieren und sich profilieren", erläuterte Loipfinger.

Am 27.02.12 wurde die Arbeit von CharityWatch eingestellt, da die MitarbeiterInnen und SympathisantInnen der Internetplattform als auch die Familie von Stefan Loipfinger mit schwerwiegenden Drohungen zu kämpfen hatten. „Wenn nur ein Teil der weit über 100 Millionen Euro, die allein die auf der Warnliste stehenden Organisationen jährlich einsammeln, zu seriösen Vereinen umgelenkt werden konnte, hat CharityWatch.de mehr Hilfe geleistet, als alle seine Mitarbeiter zusammen in ihrem Leben jemals hätten spenden können", so Stefan Loipfinger in seinem Abschiedsbrief an die LeserInnen. Sein Statement zeigt nicht nur wie präsent die Existenz der TrittbrettfahrerInnen wirklich ist, sondern auch, dass die BetrügerInnen alles dafür tun werden unentdeckt zu bleiben. Eine vollkommene Transparenz im Spendenbereich zu ermöglichen, scheint bisher unmöglich.

Alles Schöne im Leben hat einen Haken

Damit eine Spendenorganisation wirklich etwas bewegen kann, benötigt sie mehr als eineN SpenderIn und eineN EmpfängerIn. Die effiziente Öffentlichkeitsarbeit für die Organisation, die genaue Recherche der Situation sowie eine professionelle interne Verwaltung sind unerlässlich. In jeder Branche gibt es BetrügerInnen, auch unter den Spendenorganisationen. Dieser Fakt sollte aber keineswegs ein Beweggrund dafür sein, keiner Organisation mehr zu trauen. Nicht alle Spendenorganisationen sind nur auf die eigenen Vorteile bedacht: Manchmal wollen Menschen auch wirklich nur uneigennützig Gutes tun!



Finanzierung von Menschenrechtsarbeit durch Kunstauktion: Amnesty International im Schauspielhaus

Bild: Jacq

Die Spendeorganisationen leben von der Öffentlichkeit, denn die Öffentlichkeit ist ihre Luft zum Atmen. Ohne Öffentlichkeitsarbeit keine SpenderInnen. Auch Amnesty International ist auf die weltweit kontinuierliche, zuverlässige und professionelle Recherche zur Menschenrechtssituation und die Öffentlichkeitsarbeit angewiesen. Wir sollten uns gut überlegen, wem wir trauen, aber wir sollten uns auch gut überlegen, wen wir anprangern. Wie viele TrittbrettfahrerInnen auch einsteigen – die Bahn peilt immer die richtige Richtung an.

Home sick? – How to spend X-mas in Germany

X-mas abroad

A taste of holiday: Glühwein at a German Xmas Market. Foto: ck

(ant) Looking outside the window, seeing streets covered in a white coat of snow, the first thought that comes to mind is: it's X-mas time. Everywhere we go we see decorations, exhibitions in shops, X-mas Markets, adverts in TV. The holiday frenzy is almost everywhere, it seems as if we can't escape from it.

But even though the pre-early holiday craziness can be pretty annoying, X-mas time is a great opportunity for many students to go back home and eat Mum's home-made delicious food. It's also a chance to see people who are close to our heart; family and friends. But even though you have to see some other people you don't necessary want to hang out with (but you have no other choice), it's still a pretty exciting holiday and you probably wouldn't change it for a world.

Tradition

When I think about X-mas, I have this image in my head… me in pyjamas and comfy slippers with my favorite cup of hot chocolate watching some X-mas special with my family. And I miss these times, being a kid, waiting until the morning of X-mas Day, hoping that you were good this year and Santa Claus left you some great presents under the X-mas Tree.

It seems ridiculous and you are probably surprised how you could believe in this silly story. But to be honest, the hope that filled you while you were waiting for the new Barbie doll or new Video Game and the great joy you felt opening the boxes wrapped in colourful paper, seems great right now. It may be silly but I'm sure most of you would like to go back to the time when you didn't have to worry about anything just trying to catch Santa putting your presents under the tree.

These times have passed, now we are all grown up and responsible, keeping alive the tradition that brings us closer to home. But what about the students who can't afford the ticket to go home? What about the students who lost their families and are left alone with no one to celebrate? How must they feel? Pretty crappy I guess. So maybe while you are munching freshly made Choco cookies you should think about the others who may be sitting home alone watching depressive movies, trying to forget or just survive these happy but also depressive holidays for lonely souls. And maybe you could invite some students from different countries and combine a few traditions together. Even holidays can be a great way to discover different cultures.

Enjoy Bochum's X-mas Market

However, if you are one of these lonely souls: don't worry it's not that bad, there are plenty people on this earth, only around 7.057 billion so I'm pretty sure you will find someone to celebrate this great holiday with. And maybe you can't see your little sister or your dog you missed so much, but you can still have an awesome time. Here is an idea: You can survive the holiday, exploring the best to offer by German tradition. The most popular tradition is of course the X-mas Market, the perfect place to buy a unique X-mas gift or souvenir, such as handmade toys, X-mas ornaments and decorations. And of course you should try the most popular treats offered here in Bochum's city center. You can't miss it, the small houses with home-made high quality products are spread all over the streets. It looks magical with the shiny lights, the big X-mas Tree and small cute houses with plenty of goodies. But the most common treats that you just have to try are: Glühwein, Christmas essence in the cup, Nürnberger Rostbratwürste, gingerbread biscuit known as Lebkuchen, Bratäpfel- baked apples, Gebrannte Mandeln – delicious roasted almonds, or another roasted tasty snack – chestnuts called Maronen.

RUB at the X-mas Market

Most X-mas Markets start in the last week of November and run up till X-mas Eve. They are usually open every day from 10am to about 9 or 10pm. This year Rubiss is also part of Bochum's X-mas Market. Next week they organize seven days of International Snacks Presentation. Every day, a different country will present their most popular tasty special. On Sunday, December 16, the International Office and Erasmus students will give some general information about the following week. The international week will start with Polish students presenting tasty snacks from their homeland, followed by other students presenting their countries: Vietman, Turkey, Russia, Cameroon, Italy, closing on Sunday with Brazil. So if you feel like joining, grab your friends and explore what Germany and other countries have to offer for this amazing and joyful holiday.

:bsztermine

Do., 13. Dezember

Jugendbanden in Honduras
„Maras, Medien, Militär: Gesellschaftlicher Diskurs und staatliche Politik gegenüber Jugendbanden in Honduras". Die Staaten Zentralamerikas reagieren auf die berüchtigten kriminellen und gewalttätigen Jugendbanden (Maras) überwiegend mit massiver staatlicher Repression. Der Politikwissenschaftler Dr. Peter Peetz untersucht, wie es in Honduras zu diesem repressiven Vorgehen gekommen ist und geht davon aus, dass die Politik der „harten Hand" durch eine „Sicherheitspanik" entstand, im Zuge derer die Maras als zentrale Bedrohung konstruiert wurden.
HZO 100, RUB
18:00 Uhr
Eintritt frei

Pandoras Büchsenöffner
Die Gruppe Treibgut öffnet ein letztes Mal vor dem Ende des Maya-Kalenders die literarische Büchse der Pandora und präsentiert zum zehnjährigen Bestehen ihre Anthologie mit 54 Texten von 28 AutorInnen aus NRW.
„freihafen galerie", UniCenter, Querenburger Höhe 121, Bochum
18:30
Eintritt frei, Glühwein gratis

„Four Rooms"
Ein abgedrehter Episodenfilm, der vier Geschichten in einem Hotel an einem Silvestertag erzählt. Vier RegisseurInnen (darunter Quentin Tarantino und Robert Rodriguez) drehten jeweils eine in einem Hotelzimmer spielende Episode. Verbunden werden diese durch einen Hotelpagen, der zwischen den vier Räumen des Hotels wechselt. Ein Hexenzirkel, skurrile sexuelle Vorlieben, ungezogene Kinder und eine tote Prostituierte, eine potentiell blutige Wette unter Männern.
HZO 20, RUB
Beginn 19:30 Uhr
Eintritt 2,50 Euro

Freitag, 14. Dezember

Der Aufstand ist vorbereitet
Die vom Land NRW geförderte Theaterinszenierung bringt auf unterhaltsame und irritierende Weise zahlreiche Perspektiven auf das Thema ‚Aufstand' zusammen. Dabei werden Elemente klassischer Performance mit dadaistischem Kabarett, wissenschaftlichem Vortrag und der zeitgenössischen Tanzform des ‚Vogueing' zusammengebracht.
Rotunde
Viktoriastr. 75, Bochum
Beginn 20:00 Uhr
Eintritt 4 Euro

Steinkind
Mit Steinkind kommt eine unkonventionelle, musikalisch am ehesten als Elektro-Punk zu beschreibende Band ins KulturCafé. Seit sechs Jahren und drei Alben bewegen sich Steinkind zwischen verschiedenen Genres und gewinnen dabei immer mehr begeisterte HörerInnen.
KulturCafé, RUB
21:00 Uhr
Eintritt 3 Euro

Samstag, 15. Dezember

Bochumer Menschenrechtspreis 2012
Der jährlich in der Christuskirche verliehene Menschenrechtspreis wird in diesem Jahr an zwei inhaftierte iranische Oppositionelle verliehen: an den Menschenrechtsanwalt Javid Hutan Kian und an den Arbeiteraktivisten Shahrokh Zamani. Kian und Zamani wurden beide wegen ihres Engagements zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und werden seit Monaten schwer gefoltert. Es wird am Samstag mehrere Redebeiträge zur Situation im Iran geben, darunter auch einen Beitrag der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi.
Christuskirche
An der Christuskirche 1 / Westring 26, Bochum
17:00 Uhr
Eintritt frei

Ausweglos erscheinende Situation in Nahost macht klares Handeln unumgänglich

Mut zur eindeutigen Entscheidung

(rl) Das Votum der UN, Palästina den Status eines Beobachterstaates zu erteilen, war ein deutliches Zeichen der Weltgemeinschaft in Richtung Israel und zugunsten einer Zweistaatenlösung. Die Reaktion Israels, an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) gerichtete Steuergelder einzufrieren sowie den Siedlungsblock um Ostjerusalem auszubauen, demonstriert nicht nur, wie weit die Netanyahu-Regierung Israel ins internationale Abseits gestellt hat, sondern wird – falls vollständig implementiert – das Schicksal einer Zweistaatenlösung besiegeln. Eine deutliche Richtungsentscheidung über eine Ein- oder Zweistaatenlösung erscheint jedoch notwendiger denn je.

Jerusalem: ständiger Zankapfel im Zuge des Nahostkonflikts. Foto: rl

Das Datum des UN-Entscheids war historisch: Exakt 65 Jahre nach Bekanntgabe des Teilungsplans für das britische Mandat Palästina stimmte die überwältigende Mehrheit der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 2012 für die diplomatische Aufwertung Palästinas. Entgegen der Unkenrufe von KritikerInnen des Entschlusses ist das Votum keineswegs als Honorierung von Gewalt und Terror zu betrachten. Ein palästinensischer Staat wird nur dann entstehen, wenn seine Realisierung die Sicherheit Israels nicht gefährdet. Vielmehr ist es ein symbolischer Schritt, eine Anerkennung des Rechtes der PalästinenserInnen auf staatliche Selbstbestimmung, eine Bekräftigung der Zweistaatenlösung. Die offizielle Kritik Israels, dass unilaterales Vorgehen die Chancen auf eine friedliche Lösung in Nahost verbauen könnte, erscheint vor dem Hintergrund israelischer Unilateralität als Aktionsmuster im Nahostkonflikt geradezu zynisch. Denn welches Aktionsmuster blieb der PA um Mahmoud Abbas angesichts der anhaltenden israelischen Verweigerung, Siedlungsbaustoppe vor der Aufnahme bilateraler Gespräche zu verhängen, der innerpalästinensischen Friktionen sowie einem stetig kleiner werdenden „window of opportunity"?

Klare Positionierung notwendig

Die deutsche Enthaltung ist vor dem Hintergrund der politischen Lage in Nahost wenig produktiv, eine unmissverständliche Positionierung wäre hilfreich gewesen. Und während einige hiesige Medien von scharfer deutscher Kritik an der Veröffentlichung der israelischen Siedlungspläne sprachen, mutet sie im Vergleich zu den Reaktionen aus London, Paris, Madrid, Stockholm, Den Haag und Kopenhagen als einigermaßen zahm an. Doch worum handelt es sich bei den neuen Siedlungsplänen überhaupt? Die israelische Regierung verkündete, einige tausend Hauseinheiten zwischen Jerusalem und Ma'ale Adummim zu bauen, welche das größtenteils von PalästinenserInnen bewohnte Ostjerusalem zusätzlich von dem Rest der palästinensischen Gebiete abschneiden werden. Abgesehen von einem forcierten Transfer der mehr als tausend BeduinInnen, die auf eben jenem Gebiet leben, ist es wahrscheinlich, dass die Implementierung der Pläne in der Separierung der West Bank in einen nördlichen und einen südlichen Teil resultieren wird. Das Areal, das für die Entstehung neuer Wohneinheiten vorgesehen ist, bildete bisher den Boden für Verbindungsrouten zwischen nördlichem und südlichem Teil der West Bank; der Erfahrung nach zu urteilen, werden diese Strecken in Zukunft für palästinensische PendlerInnen unzugänglich sein.

Abgleiten in Apartheidszustände droht

Während dieser Schritt einer breiten Allianz zugutekommt, die sich aus privaten ImmobilienmaklerInnen, welche sich von der Entwicklung des Landes enorme Profite versprechen, territorialen MaximalistInnen (religiöser oder säkularer Couleur), welche die Zukunft Israels auf beiden Seiten der Grünen Linie sehen, sowie mittelständischen Familien auf der Suche nach preiswerten Wohnmöglichkeiten in der Nähe der urbanen Zentren zusammensetzt, wird er – wenn ausgeführt – womöglich der finale Sargnagel für die Zweistaatenlösung sein.

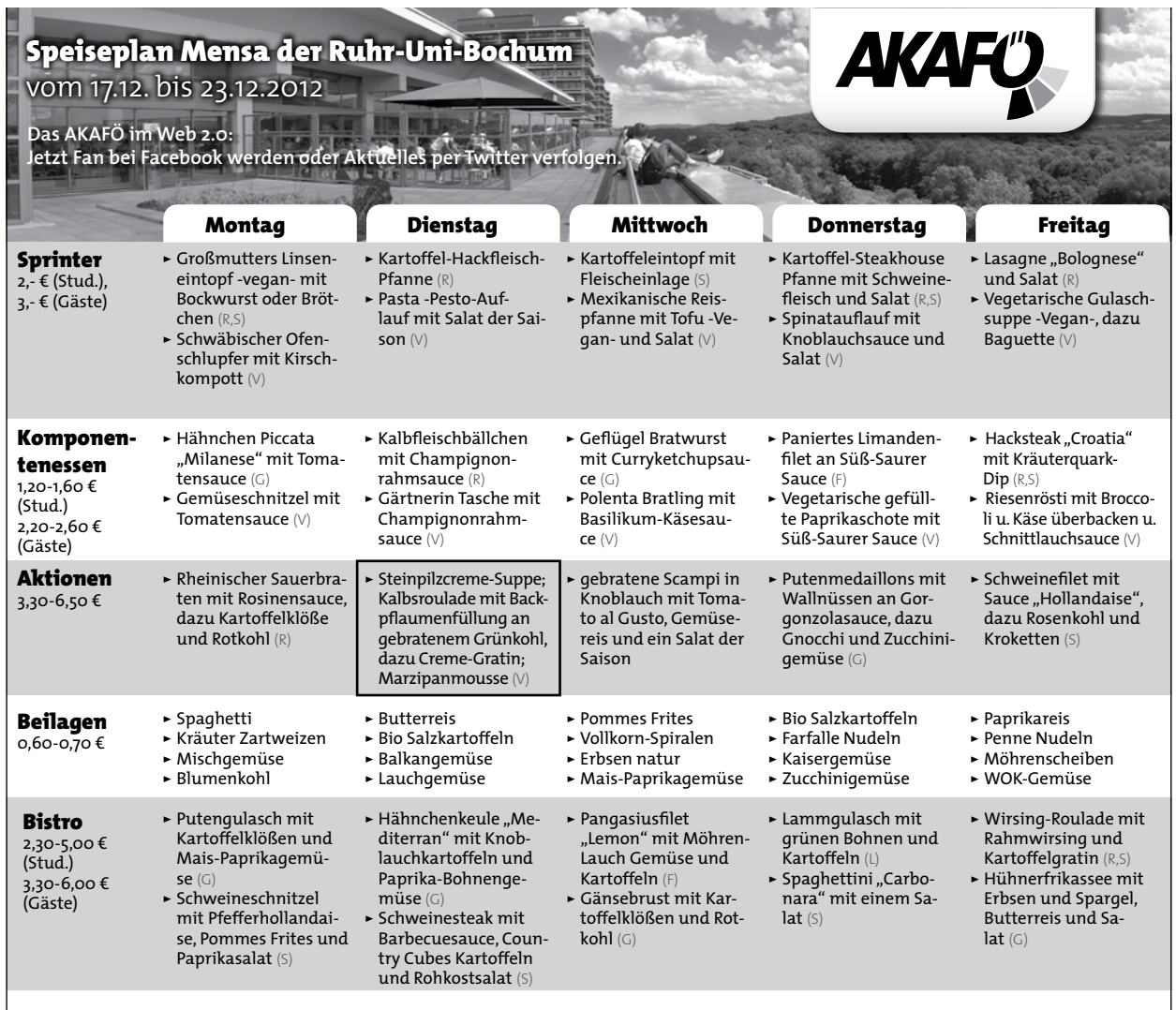
In einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung reihte sich Micha Brumlik, Leiter des Fritz Bauer Instituts zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocausts in Frankfurt am Main, in der vergangenen Woche in die lange Reihe von WissenschaftlerInnen, welche die Zweistaatenlösung als faktisch tot betrachten (siehe SZ 3. Dezember 2012, „Siedlungen gefährden Israels Demokratie"). Laut Brumlik sind die Siedlungen eine potenzielle Gefahr für Israel, in ein Szenario abzugleiten, das der südafrikanischen Apartheid gleicht und empfiehlt aufgrund der regionalen Realität über alternative Ansätze, z.B. eine Einstaatenlösung, nachzudenken.

Hängepartie muss beendet werden

Problematisch ist, dass in beiden Lagern zu wenig Akzeptanz für eine Materialisierung zweier Nationalstaaten zwischen Jordan und Mittelmeer vorzufinden ist. Während von offizieller Seite der Fatah die Bereitschaft geäußert wird, die Waffenstillstandslinien von 1949 als zukünftige Grenzen zu akzeptieren, existieren zahlreiche (bewaffnete) Gruppierungen, welche in solch einer Lösung nur einen Schritt zur „Befreiung Palästinas" sehen. Insbesondere die Ankündigung des hochrangigen Hamas-Funktionärs Khalid Mashal, einen israelischen Staat in welchen Grenzen auch immer nicht zu tolerieren, ist vor diesem Hintergrund kritisch. Denn warum sollte Israel territoriale Zugeständnisse machen, die womöglich den Raketenbeschuss Jerusalems oder Tel Avivs erleichtern? Gleichermaßen ist die Zustimmung für die Entstehung eines palästinensischen Staates in der israelischen Gesellschaft – abgesehen von außenpolitischen Lippenbekenntnissen – eher durchwachsen. Dem ist hinzuzufügen, dass kritische Aspekte einer Zweistaatenlösung, z.B. die Zukunft Jerusalems, der jüdische Charakter Israels und der Status der israelischen ArabernInnen, das Flüchtlingsproblem sowie die moralische Verantwortung der Nakba (arab. „Katastrophe", sowohl in palästinensischem Narrativ als auch in der historischen Forschung Terminus für die Vertreibung der etwa 700.000 PalästinenserInnen im Zuge des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948/49) oder die bilateralen Beziehungen nicht im Ansatz ausreichend behandelt wurden.

Im Kontext der demografischen Entwicklungen in Nahost hat Israel weit mehr zu verlieren als zu gewinnen. Sollte das Zeitfenster für eine Zweistaatenlösung ablaufen, wird Israel sich auf Dauer nicht den Forderungen nach gesellschaftlicher Gleichberechtigung entziehen können; dies würde unweigerlich zur Aushöhlung des jüdischen Charakters des Staates führen. Anstelle kurzsichtiger Trotzreaktionen sollte die Netanyahu-Regierung unverzüglich direkte Verhandlungen mit der PA aufnehmen, um entweder eine schmerzhafte Zweistaatenlösung zu verwirklichen, oder sich der – möglicherweise exponentiell schmerzhafteren – Einstaatenrealität stellen. Es muss jedoch eine klare Entscheidung her, alles andere würde das Leiden nur verlängern.

- Anzeige -



	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	▸ Großmutters Linseneintopf -vegan- mit Bockwurst oder Brötchen (R,S) ▸ Schwäbischer Ofenschlupfer mit Kirschkompott (V)	▸ Kartoffel-Hackfleisch-Pfanne (R) ▸ Pasta -Pesto-Auflauf mit Salat der Saison (V)	▸ Kartoffeleintopf mit Fleischeinlage (S) ▸ Mexikanische Reispfanne mit Tofu -Vegan- und Salat (V)	▸ Kartoffel-Steakhouse Pfanne mit Schweinefleisch und Salat (R,S) ▸ Spinatauflauf mit Knoblauchsauce und Salat (V)	▸ Lasagne „Bolognese" und Salat (R) ▸ Vegetarische Gulaschsuppe -Vegan-, dazu Baguette (V)
Komponentenessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	▸ Hähnchen Piccata „Milanese" mit Tomatensauce (G) ▸ Gemüseschnitzel mit Tomatensauce (V)	▸ Kalbfleischbällchen mit Champignonrahmsauce (R) ▸ Gärtnerin Tasche mit Champignonrahmsauce (V)	▸ Geflügel Bratwurst mit Curryketchupsauce (G) ▸ Polenta Bratling mit Basilikum-Käsesauce (V)	▸ Paniertes Limandenfilet an Süß-Saurer Sauce (F) ▸ Vegetarische gefüllte Paprikaschote mit Süß-Saurer Sauce (V)	▸ Hacksteak „Croatia" mit Kräuterquark-Dip (R,S) ▸ Riesenrösti mit Broccoli u. Käse überbacken u. Schnittlauchsauce (V)
Aktionen 3,30-6,50 €	▸ Rheinischer Sauerbraten mit Rosinensauce, dazu Kartoffelklöße und Rotkohl (R)	▸ Steinpilzcreme-Suppe; Kalbsroulade mit Backpflaumenfüllung an gebratenem Grünkohl, dazu Creme-Gratin; Marzipanmousse (V)	▸ gebratene Scampi in Knoblauch mit Tomato al Gusto, Gemüsereis und ein Salat der Saison	▸ Putenmedaillons mit Wallnüssen an Gorgonzolasauce, dazu Gnocchi und Zucchinigemüse (G)	▸ Schweinefilet mit Sauce „Hollandaise", dazu Rosenkohl und Kroketten (S)
Beilagen 0,60-0,70 €	▸ Spaghetti ▸ Kräuter Zartweizen ▸ Mischgemüse ▸ Blumenkohl	▸ Butterreis ▸ Bio Salzkartoffeln ▸ Balkangemüse ▸ Lauchgemüse	▸ Pommes Frites ▸ Vollkorn-Spiralen ▸ Erbsen natur ▸ Mais-Paprikagemüse	▸ Bio Salzkartoffeln ▸ Farfalle Nudeln ▸ Kaisergemüse ▸ Zucchinigemüse	▸ Paprikareis ▸ Penne Nudeln ▸ Möhrenscheiben ▸ WOK-Gemüse
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	▸ Putengulasch mit Kartoffelklößen und Mais-Paprikagemüse (G) ▸ Schweineschnitzel mit Pfefferhollandaise, Pommes Frites und Paprikasalat (S)	▸ Hähnchenkeule „Mediterran" mit Knoblauchkartoffeln und Paprika-Bohnengemüse (G) ▸ Schweinesteak mit Barbecuesauce, Country Cubes Kartoffeln und Rohkostsalat (S)	▸ Pangasiusfilet „Lemon" mit Möhren-Lauch Gemüse und Kartoffeln (F) ▸ Gänsebrust mit Kartoffelklößen und Rotkohl (G)	▸ Lammgulasch mit grünen Bohnen und Kartoffeln (L) ▸ Spaghettini „Carbonara" mit einem Salat (S)	▸ Wirsing-Roulade mit Rahmwirsing und Kartoffelgratin (R,S) ▸ Hühnerfrikassee mit Erbsen und Spargel, Butterreis und Salat (G)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.
Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

▸ AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK WWW.AKAFOE.DE

:bszkolumne

DIY

(clu) Die Deutschen scheinen eine neue Volksdroge für sich entdeckt zu haben: Hoher Suchtfaktor, das Gefühl, im Streben nach Glückseligkeit mindestens 21 Level weitergekommen zu sein und die euphorische Hoffnung, den Gipfel der Individualität erstürmt zu haben. Dies sind nur einige der phantastischen Wirkungen. Die Dröhnung hat einen Namen: Do it yourself! Wie Pilze schießen seit einigen Monaten Institutionen, Vereine und Veranstaltungen aus dem Boden, die neben Know-How auch die passende Community anbieten: Nähcafés, Siebdruck-Workshops (bedruckt werden natürlich Jute-Beutel!), offene Werkstätten, Strickbars, Design-Märkte, Anbauseminare (Gemüse, was sonst?) Plastizierkurse und und und...

Nicht nur bei der Wollmütze kommt es aufs „Wer hat's erfunden?" an, und wer auf diese Frage nicht mindestens Namen und Anschrift der fleißigen Strickerin kennt, hat verloren. Bei der boomenden Website für Selbstgemachtes, Dawanda, kann jeder, der mehr als für den Eigenbedarf produziert, seine Waren verkaufen. Es gibt dort Ohrringe aus alten Skateboards, handbemalte Notizbücher, Babykleidung aus handgefärbter Bio-Wolle, verzierte Kerzen, mundgeblasene Weihnachtskugeln, Deko, Kleidung, Möbel, einfach alles! Die Geschäfte laufen gut, das hat sich mittlerweile rumgesprochen und ähnlich den Dealern illegaler Substanzen wird per Mundpropaganda verbreitet, wo es aktuell den besten Stoff gibt. Also echten Stoff jetzt. Rezepte und Bastelanleitungen werden getauscht und gesammelt wie dereinst nur Glanzbilder oder Samt-Sticker.

Doch das Phänomen DIY ist nicht neu, nur die DarstellerInnen haben sich verändert: Der Ursprung dieser „Mach-es-dir-selbst-Mentalität" liegt irgendwo im Punk, geboren als Idee von Auflehnung und Selbstermächtigung, in Ablehnung allen Massenkonsums, der Bürgerlichkeit, der Elite, die von der Stange beim kapitalistischen Label kauft. Stattdessen wurde geflickt und geschustert was das Zeug hielt, große Symbolkraft entwickelte die Sicherheitsnadel: ob als Nahtersatz an der Hose oder als Perlenersatz im Ohr, sie hielt alles zusammen und grenzte ihreN TrägerIn gleichzeitig vom Einheitsbrei der Masse ab. Doch das Blatt hat sich gewendet: Die Szene der SelbermacherInnen ist heute so riesig, dass die Rolle des Underdogs eher denen zukommt, die nicht mithäkeln, -schneidern oder -einkochen. MusikerInnen produzieren lieber wieder selbst, Eltern stricken selbst, Brüder drehen Zigaretten selbst, Mädchen bauen sich Möbel selbst und bedrucken T-Shirts selbst. Und wer besonders gut selbstmacht, der schreibt darüber selbst einen Blog oder sogar ein Buch. Darin finden sich dann wiederum Anleitungen zum Selbermachen. Wer keine Zeit oder Talent zum Selbermachen hat, der kauft wenigstens etwas Selbstgemachtes. Und alle, die mitmachen, die wissen, wer den Pullover genäht, die Marmelade eingekocht und das Frühstücksgeschirr bepinselt hat, fühlen sich sehr wohl.

Einerseits vergibt das Gewissen angesichts des neuen Bewusstseins die begangenen Sünden chinesischer Kinderarbeit, andererseits wird mensch sich wieder darüber bewusst, was er wirklich kann – und was nicht. Nicht nur Marx hat erkannt, dass wir die Beziehung zum Produkt unserer Arbeit verlieren und dadurch unglücklich werden. Auch Forscher bestätigen heute: Etwas selbst herzustellen, macht glücklicher. Vielleicht sollten also noch viel mehr Menschen diesem Trend folgen. Die Weihnachtszeit bietet sicherlich genug Gelegenheiten!

:bszimpressum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung
Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Dirk Loose, Christian Volmering u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Anna Tymoczko (ant), Christian Kriegel (ck), Clara Jung (clu), Jacqueline Thör (Jacq), Marek Firlej (mar), Patrick Henkelmann (ph), Robin Laumann (rl), Uli Schröder (Usch).
V.i.S.d.P.: Marek Firlej (Anschrift s. o.)
Auflage: 3.000
Druck: Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; ***Fax:*** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de
Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.